

Hubertus Bardt / Hanno Kempermann

# Folgen der Energiewende für die deutsche Industrie

# Positionen

Beiträge zur Ordnungspolitik  
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Hubertus Bardt / Hanno Kempermann

## Folgen der Energiewende für die deutsche Industrie

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-24155-2 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45955-1 (E-Book|PDF)

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Grafik: Dorothe Harren

© 2013 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

[iwmedien@iwkoeln.de](mailto:iwmedien@iwkoeln.de)

[www.iwmedien.de](http://www.iwmedien.de)

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	4
<b>2</b>	<b>Neue Grundlagen der Stromerzeugung</b>	5
2.1	Grundzüge der Energiewende	5
2.2	Hohe Industriestrompreise durch staatliche Eingriffe	10
2.3	Zur Rolle von Marktmechanismen in der Energiewende	12
<b>3</b>	<b>Kritische Bewertung der Energiewende durch Wirtschaftswissenschaftler</b>	18
<b>4</b>	<b>Die deutsche Industrie in der Energiewende</b>	19
4.1	Direkte Einflüsse der Energiewende	21
4.2	Einflüsse auf die Wertschöpfungsketten und die Innovationsfähigkeit	26
4.3	Chancen der Energiewende für den Standort Deutschland	34
<b>5</b>	<b>Fazit</b>	37
	<b>Literatur</b>	39
	<b>Kurzdarstellung / Abstract</b>	41
	<b>Die Autoren</b>	42

# 1

## Einleitung

Spätestens mit dem Energiekonzept der Bundesregierung vom Herbst 2010 (Bundesregierung, 2010) und dem im Frühsommer 2011 gefassten Plan zum beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie (Bundesregierung, 2011) ist es politischer Konsens, dass die Energieerzeugung und speziell die Stromerzeugung bis zur Mitte des Jahrhunderts weitgehend umgestellt werden sollen auf kohlendioxidarme und hierbei vor allem auf erneuerbare Energien. Der Begriff „Energiewende“ bezeichnet diesen Prozess einer langfristigen Umstrukturierung des deutschen Energieerzeugungssystems (Bardt, 2012).

Die Energiewende der Bundesregierung ist im Parlament einhellig beschlossen worden. Praktisch umgesetzt ist sie damit noch nicht. Zahlreiche Probleme – etwa mit Blick auf Strompreise, Versorgungssicherheit, Importe, Speichermöglichkeiten oder Netzausbau – werden im Zuge der Realisierung dieses Projekts auftauchen oder sich verschärfen. Hier sind Lösungen gefragt, die regulatorisch durchgesetzt und/oder am Markt umgesetzt werden können. Die grundlegende Gefahr besteht darin, dass die Umstellung der Energieerzeugung zu sehr mit staatlichen Vorgaben vorangetrieben wird, sodass marktwirtschaftliche und effizienzsteigernde Elemente zurückgedrängt werden. Diese Gefahr ist in puncto Strom, der an Leitungsnetze gebunden und national reguliert ist, am deutlichsten ausgeprägt. Gerade hier sollten die Marktkräfte innerhalb eines europäischen Binnenmarktes genutzt werden, um ein sicheres, bezahlbares und umweltverträgliches Stromangebot bereitzustellen zu können.

Markt und Regulierung müssen nicht miteinander im Widerspruch stehen (Bardt, 2005). Ohne grundlegende Regelwerke wären Märkte gar nicht funktionsfähig. Schon der Schutz des Eigentums und die Durchsetzung von Verträgen basieren auf einer staatlichen Struktur. Aus verschiedenen Gründen ist der Strommarkt ganz besonders auf Regeln für einen funktionierenden Wettbewerb angewiesen. Vor allem lässt sich ein diskriminierungsfreier Wettbewerb im Stromnetz nur dann sicherstellen, wenn der Netzzugang für alle Anbieter offen gehalten und die Preise entsprechend reguliert werden. Auch die Integration klimarelevanter Überlegungen in die Entscheidungen der Marktteilnehmer entsteht nicht spontan, sondern erst durch staatlichen Eingriff. Regulierung ist also in gewissem Maße die Voraussetzung für funktionierenden Wettbewerb.